

DVPB c/o Prof. Dr. Dirk Lange (Bundesvorsitzender),  
Leibniz Universität Hannover, Institut für Politische Wissenschaft,  
Callinstraße 20, 30167 Hannover

Kontakt:  
Dr. Moritz Peter Haarmann (Geschäftsführer)  
geschaeftsfuehrung@dvpb.de  
www.dvpb.de

Hannover, 31.01.2018

Appell der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB)

## **Demokratie-Auftrag von Schule erfüllen, Politische Bildung stärken!**

Eine Demokratie bewährt sich durch die politische Verantwortung der Vielen. Als einziger Institution, die alle jungen Bürger und Bürgerinnen erreichen kann, ist es Aufgabe der öffentlichen Schule, Lernende auf ihre Rolle als verantwortungsvoller Souverän vorzubereiten. Zu diesem Bildungsauftrag öffentlicher Schulen bekennen sich die Bundesländer in ihren Schulgesetzen.

Damit die öffentliche Schule ihren Demokratie-Auftrag auch erfüllen kann, bedarf sie eines starken Unterrichtsfachs der Politischen Bildung. Dieser Aufgabe werden die Bundesländer und ihre Schulformen in sehr unterschiedlichem Ausmaß gerecht. Die DVPB fordert die Kultusministerien dazu auf, an allen öffentlichen Schulen eine hinreichende Politische Bildung sicherzustellen:

### **Politische Bildung ist gesellschaftliche Allgemeinbildung**

Die Gewährleistung eines starken, integrativen Unterrichtsfaches der Politischen Bildung an öffentlichen Schulen erweist sich als ein elementares Interesse unserer Demokratie, denn Politische Bildung qualifiziert die Menschen zu einer aufgeklärten Teilhabe an der demokratischen Gesellschaft. Politische Bildung meint eine an demokratischer Praxis orientierte gesellschaftliche Allgemeinbildung:

- Politik in einer Demokratie bringt Entscheidungen hervor, die die gemeinsame Regelung gemeinsamer Angelegenheiten ergeben sollen. In diesen komplexen Prozess können viele Interessen- und Werte-Konflikte eingehen: Unterschiede in Lagen, Interessen, Lebensgeschichten und Werten ergeben nicht nur interessante Vielfalt, sondern häufig massive Konflikte um Ressourcen und Anerkennung. Nicht immer gibt es klare, sichere und dauerhafte Lösungen, aber häufig kontroverse, belastende und auch frustrierende Auseinandersetzungen.
- Die öffentlich verantwortete Schule führt Jugendliche mit verschiedener sozialer Herkunft zusammen. Ein integratives Unterrichtsfach der Politischen Bildung eröffnet jungen Menschen vielfältige Chancen, ausgehend von Schlüsselproblemen der demokratischen Gesellschaft mit- und gegeneinander um ihre Identitäten und Interessen zu ringen und dabei demokratischen Zusammenhalt zu erleben und zu erwerben.

## Voraussetzungen und Merkmale Politischer Bildung an öffentlichen Schulen

Damit sich Politische Bildung im Sinne des Demokratie-Auftrags von Schule entfalten kann, müssen auf Ebene der schulischen Lehrpläne und der Ausbildung von Fachlehrkräften insbesondere folgende Merkmale Politischer Bildung nachvollzogen werden.

- **Politische Bildung erweist sich als Bildung über und durch gesellschaftliche Kontroversen und deren demokratiekonforme Kanalisierung.** Konflikt und Konsens sind aufeinander verwiesen, weil nur über das Austragen von Konflikten die Chance auf gemeinsame Lösungen – und sei es auf Zeit – besteht. Dieses Austragen der Konflikte gilt es im Fachunterricht demokratiekonform zu kanalisieren: Streitkultur meint auf der Seite der Subjekte den zivilen Umgang mit Kontroversen und setzt auf der Seite der Institutionen ein funktionierendes Regel- und Sanktionssystem voraus (wozu das staatliche Gewaltmonopol gehört). Politische Bildung befähigt Lernende dazu, gesellschaftliche Konflikte auszuhalten und demokratiekonform auszutragen.
- **Konfliktfähigkeit ist die Kern-Kompetenz Politischer Bildung.** Demokratischer Politikunterricht verlangt deshalb Kontroversität und diese Kontroversität verlangt eine eigene, nicht-alltägliche Professionalität der Lehrenden (Beutelsbacher Konsens). Konflikte zu akzeptieren, sie im Unterricht zu inszenieren und diese Interaktionen zu wagen ist viel schwieriger als das politische Lernen auf „Fakten“ oder auf ein harmonisches Miteinander zu reduzieren und damit von der gesellschaftlichen Realität zu entfremden.
- **Politische Bildung bezieht gesellschaftliche Kontroversen auf verbindende demokratische Werte.** Demokratie ist ein wert-volles politisches System. Dabei stehen universale Werte, Werte in unterschiedlichen Institutionen und Werte in den privaten Leben häufig in Konflikt miteinander. Eine Vereinheitlichung ist nicht möglich und nicht sinnvoll. Die Werte-Konflikte müssen thematisiert und reflektiert werden, damit die gemeinsame Basis des Grundgesetzes und der Menschenrechte zum Bezugspunkt werden kann.
- **Politische Bildung ist eine anspruchsvolle Bildungsaufgabe, die gut ausgebildeter Fachlehrkräfte bedarf.** Empirische Unterrichtsforschung zeigt, dass eine bildungswirksame Nutzung von gesellschaftlichen Konflikten gut ausgebildete Lehrkräfte erfordert. Neben einer breiten sozialwissenschaftlichen Bildung müssen Lehrende die fachdidaktischen Prinzipien der Politischen Bildung und die dazu passenden Methoden und Verfahren in kontinuierlicher Ausbildung erwerben. Fachfremd Unterrichtende bedürfen einer angemessenen Weiterbildung in der Didaktik der Politischen Bildung. Allen Lehrkräften müssen – auch wegen der schnell wechselnden politischen Inhalte und Problemlagen – attraktive Möglichkeiten der Fortbildung geboten werden.
- **Politische Bildung bedarf einer anwendungsorientierten fachdidaktischen Lehr- und Lernforschung.** Die Lehrerbildung benötigt eine wissenschaftliche Fundierung durch professionelle Lehre und fachdidaktische Forschung in den Universitäten. Die Kooperation von Universitäten und Studienseminaren ist zu fördern, damit die Phasen der Lehrerbildung aufeinander bezogen werden können.
- **Politische Bildung verlangt die Integration verschiedener sozialwissenschaftlicher Zugänge.** Der demokratische politische Prozess und die Inhalte der Politik gehören zusammen. Auf die Sozialwissenschaften bezogen, erweist sich Politische Bildung daher notwendigerweise als ein interdisziplinäres Unterrichtsfach. Angesichts ihres politischen Stellenwerts müssen insbesondere auch ökonomische Fragen und Probleme in ihrem politischen und gesellschaftlichen Charakter aufgegriffen werden. Andernfalls werden die Lernenden mit der schwierigsten Bildungsaufgabe,

politische, soziale und ökonomische Zusammenhänge wahrnehmen und beurteilen zu können, allein gelassen.

- **Politische Bildung verbindet politisches Handeln und politisches Denken.** Auch und gerade in der Politischen Bildung stehen Handeln und Denken in einem wechselseitigen Abhängigkeitsverhältnis. So brauchen Projekte der Partizipation im Schulleben und im außerschulischen Bereich (z.B. in der Kommune) die Reflexion im Fachunterricht, damit dem Handeln das bewusste Denken, Wissen und Beurteilen an die Seite tritt. Der Unterricht wiederum braucht das Handeln (z.B. durch Projekte wie der Juniorwahl, einer sozial und ökologisch verantwortlichen Schülerfirma oder einer durch Lernende initiierten Bürgeraktion), damit das Lernen geerdet wird, indem seine Inhalte konkret werden.
- **Politische Bildung verbindet soziales Lernen und politisches Lernen.** Soziales und politisches Lernen müssen aufeinander bezogen werden. Soziales Lernen ist für den gemeinschaftlichen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft wichtig, führt aber nicht automatisch zu politischem Konflikt-Lernen, sondern muss sich dahin entwickeln.
- **Politische Bildung ist Bildung, nicht Kunde.** Politische Bildung fußt auf einem sinnhaften Umgang mit politisch relevanten Gegenständen, so dass – bei schnell wechselnden aktuellen Stoffen – Kompetenzen und nicht das Lernen vereinzelter Informationen gefördert werden. Entsprechend anwendbares Wissen wird in Auseinandersetzungen mit Konflikten, Problemen, Fällen, Dilemmata, Gründungen und anderen Anforderungssituationen erworben.
- **Politische Bildung ist gesellschaftliche Allgemeinbildung im Sinne des Beutelsbacher Konsens.** Alle Vorgänge im politisch bildenden Unterricht setzen ihrem Anspruch nach das Gebot der Kontroverse und damit das Verbot der Indoktrination sowie die Achtung vor den Interessen des lernenden Subjekts in konkrete Interaktionen um.

### **Forderungen der DVPB**

Um den in den Schulgesetzen der Bundesländer verankerten Demokratie-Auftrag von Schule zu erfüllen, fordert die DVPB von den Kultusministerien:

- (1) Sicherzustellen, dass Politische Bildung ab der fünften Jahrgangsstufe an allen Schulformen im Umfang von mindestens zwei Wochenstunden unterrichtet wird.
- (2) Auf Ebene der Lehrpläne zu gewährleisten, dass dabei politische, ökonomische, kulturelle und soziale Konflikte aufgegriffen, aufeinander bezogen und im Lichte demokratischer Werte diskutiert werden. Von der verbreiteten Praxis, politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Themen in den Unterrichtsfächern der Politischen Bildung als im Wesentlichen getrennte Lernfelder zu behandeln, ist Abstand zu nehmen.
- (3) Geeignete Maßnahmen zu ergreifen, den verbreiteten Missstand des fachfremd erteilten Politikunterrichts zu beenden. Politische Bildung bedarf fachlich und fachdidaktisch gut ausgebildeter Lehrkräfte.

Die DVPB unterstützt die Kultusministerien gerne mit ihrer Expertise dabei, die Politische Bildung zu stärken und auszubauen – sei es in der Unterrichtspraxis, der fachdidaktischen und fachwissenschaftlichen Lehrkräfteausbildung an Universitäten und Studienseminaren oder der Fortbildung von Lehrkräften.